diesen Gründen waren die Exil-Schriftsteller meistens nur partiell in ihren Heimatländern präsent. Hier werden auch die spannungsgeladenen Integrationsversuche nach 1989 thematisiert, als es wider Erwarten nicht zu einem Rückstrom der Exilanten in ihre Heimatländer kam. Viele von ihnen hätten diese Entscheidung als Rückschritt, den Verlust des Erreichten oder sogar als ein „second-degree exile“ empfunden, wie es Kundera bezeichnete (S. 643).

Der angestrebten Verwendung des Bandes als Nachschlagewerk steht eine große Anzahl widersprüchlicher Behauptungen und Fehler im Wege. Dies betrifft schon den historischen Hintergrund. So ist z.B. die Bezeichnung „Staatssozialismus“ (u.a. S. 27) ebenso wie „semiautonom“ (S. 197) in bezug auf die ostmitteleuropäischen Machtsysteme zwischen 1945 und 1989 nicht zufriedenstellend. Entgegen der Behauptung der Vf. waren Zeitschriften wie *Prewes* oder *Tempo Presente* Organe des Kongresses für Kulturelle Freiheit (S. 144). Die Schilderung des Schicksals der polnischen Schriftsteller in der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges (S. 54) ist fehlerhaft; die im Sommer 1980 gegründete Gewerkschaft „Solidarność“ entstand nicht als Reaktion auf die Streikbewegungen im Jahr 1976 (S. 63). Auch der eigentliche Forschungsgegenstand, die Autoren und ihre Werke, wird nicht fehlerfrei dargestellt. So emigrierte z.B. Leopold Tyrmand aus Polen nicht infolge des 1956 einsetzenden Tauwetters (S. 59 f., ähnlich S. 112), sondern – wie dies korrekt auf S. 696 angegeben wird – erst im Jahr 1966. Er konnte sich auch nicht an den Diskussionen um eine Rückkehr nach 1989 beteiligen (S. 646), weil er bereits 1985 im amerikanischen Exil gestorben war. Andrzej Bobkowskis „Federskizze“ war kein Roman (S. 392) oder Erinnerungen (S. 592), sondern ein Tagebuch (so auf S. 552). Auch die bibliographischen Notizen am Ende des Buches sind nicht immer korrekt. Um ein Beispiel zu nennen: Die Werke von Witold Gombrowicz, Gustaw Herling-Grudziński und Czesław Miłosz sind – anders als angegeben (S. 674, 677 und 687) – schon vor 1980 in polnischen Verlagen des „Zweiten Umlaufs“ erschienen.

Das Verdienst des Bandes liegt in der Behandlung einer umfangreichen und gleichzeitig relevanten Problematik. Leider wird der Gesamteindruck durch die Präsentation des Stoffes etwas getrübt: Über lange Strecken hinweg bekommt der Leser ermüdend wirkende Zusammenfassungen einzelner Problembereiche. Eine abschließende stärkere Konzentrierung des Stoffes hinsichtlich der Fragestellung hätte dem Band gutgetan.

Berlin – Frankfurt/Oder

Bernard Wiaderny

Hubert Gerlich: Organische Arbeit und nationale Einheit. Polen und Deutschland (1830-1880) aus der Sicht Richard Roepells. (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas, Bd. 13.) LIT Verlag, Münster 2004. VIII, 223 S. (€ 24,90.)

Wer an dem Breslauer Historiker und bis 1871 aktiven Politiker Richard Roepell (1808-1893) interessiert ist, wird hier enttäuscht. Im Mittelpunkt dieser Münsteraner Dissertation steht „Die polnische nationale und konstitutionell-liberale Bewegung in den Jahren 1830-1880“ (S. 52-188), die der Autor aus der Sekundärliteratur für die Teilungsgebiete gesondert darstellt. Wesentlich knapper skizziert Hubert Gerlich den deutschen „nationalen und konstitutionellen Liberalismus“ bis zur Reichseinigung, wobei er hier häufiger als im Hauptteil Äußerungen Roepells aus dessen vom Vf. in deutschen und polnischen Archiven entdeckten Briefen (ein Nachlaß fehlt) einbindet. Im Hauptteil wird Roepell nur in den Kapiteln III.4 („Die ‚Polonica‘ an der Universität Breslau und Roepells Konzept von der ‚organischen Arbeit‘ der Polen“), III.5.d („Die Folgen der Reaktion im Großherzogtum [Posen] und Roepells Anteil an der Verbreitung der Geschichtswissenschaften in Polen“) sowie III.6.b („Die Position der ‚organischen Kreise‘ im Großherzogtum Posen in den Jahren 1857-1863“, hier S. 155 f.: Zitate aus Reden Roepells im Preußischen Abgeordnetenhaus 1863) behandelt. Im Schlußkapitel weist der Autor auf dessen nach dem Rückzug aus der Politik verfaßte Arbeiten zur polnischen Geschichte lediglich hin, schließt nach

zwei Seiten zum Kulturkampf, Roepells Haltung in dieser zentralen Frage sei mangels Quellen nicht darstellbar, und bedauert ausgebliebene Ehrungen von polnischer Seite. Die Darstellung von Roepells „Sicht“ der polnischen Nationalbewegung beschränkt sich auf wenige Seiten. Bildete er wirklich das „Bindeglied“ zwischen dieser und dem deutschen Liberalismus (S. 1)? Inwieweit war er repräsentativ für die deutsche liberale Historiographie des 19. Jh.s? Zum Konfessionskonflikt in Schlesien (S. 23) hat Roepell z.B., vom Vf. unbemerkt, im ersten Band der Zeitschrift des *Vereins für Geschichte und Alterthums-kunde Schlesiens* (1856) Stellung bezogen. Was vom Vf. wohl angestrebt war, ist dem Vorwort Lothar Maiers (S. V) zu entnehmen.

Formal und stilistisch hätte die Arbeit dringend einer Redaktion bedurft. G. verwendet häufig die Kollektivform „die Polen“ u.ä. Der Schlußabsatz (S. 199) stellt den stilistischen Tiefpunkt einer sprachlich an vielen Stellen mißlungenen Arbeit dar. Die Zitierweise von Aufsätzen in den Fußnoten ist ungewöhnlich.

Roepells Tätigkeit sei, so Anfang und Schluß der Dissertation, „der Beleg dafür, daß die deutsch-polnischen Beziehungen trotz unterschiedlichen nationalen Interessen, [!] nicht zwingend von unüberbrückbaren Gegensätzen geprägt sein mußten“ (S. 199). Darauf fixiert, vergißt der Autor die Einordnung Roepells in die deutsche und die polnische Historiographie- und politische Ideengeschichte, während die Darstellung der polnischen Nationalbewegungen in dieser Breite unnötig war.

Herne

Wolfgang Kessler

Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Hrsg. von Dittmar Dahlmann. (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 68.) Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005. 297 S. (€ 60,-)

Vier Problemfelder lassen sich im Fach Osteuropäische Geschichte in Deutschland in den vergangenen Jahren ausmachen, die zu dem Eindruck einer sich zunehmend verfestigenden Krise beigetragen haben: die Diskussion um die womöglich mangelhafte Aufarbeitung der Vergangenheit der Disziplin, der Vorwurf, die Wende von 1989 verschlafen zu haben, die Frage nach der Relevanz des regionalhistorischen Zuschnitts und schließlich der Kampf gegen das allgegenwärtige Diktat von Stellenstreichungen.

Was hätte da nähergelegen, als die Tagung anlässlich des zweiten 100jährigen Jubiläums der Osteuropäischen Geschichte in Berlin¹ dazu zu nutzen, auf die ersten drei Debatten mit überzeugenden Antworten zu reagieren, um sich dann selbstbewußt gegen die gespitzten Rotstifte als eine lebendige und wichtige neue Forschungsergebnisse produzierende Disziplin zu präsentieren, die auch international Anerkennung findet? Es ist nicht auszuschließen, daß solche Überlegungen bei den Verbänden für Osteuropaforschung, die die Berliner Tagung 2002 ausrichteten, eine Rolle gespielt haben. Die Publikation der Tagungsergebnisse enthält zwanzig Beiträge, die zweifellos eine beeindruckende inhaltliche Spannweite entfalten, jedoch keine gänzlich überzeugenden Antworten bieten. Das liegt nicht zuletzt auch daran, daß die Texte formal sehr heterogen sind: Neben umfangreichen und informativen Forschungsberichten stehen knappe Problemskizzen bis hin zu kaum redigierten Vortragsmanuskripten, Erinnerungen und auch dem Autoreferat einer Dissertation.

Roger Chickering befaßt sich mit der Entstehung der Disziplin vor dem Hintergrund des Lamprecht-Streits; plastisch skizziert er die politischen Motive für die Berufung

¹ Die Einrichtung des Extraordinariats für Osteuropäische Geschichte in Berlin 1892 war 1992 Anlaß einer Berliner Tagung über Bilanz, Probleme und Perspektiven der Osteuropäischen Geschichte, siehe dazu KARIN BORCK, MARTIN SCHULZE WESSEL: Betrachtungen zur hundertjährigen Geschichte der Osteuropa-Historie in Berlin, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1994, S. 135-148.